

Freihandelsgespräche zwischen der EU und den USA

Schwierig, aber dringend nötig und möglich



PETER A. FISCHER

Teurerer Stahl und damit teurere Autos, Harley-Davidson-Motorräder, die nicht mehr exportiert werden können, Sojabohnen, die China nicht kauft: Ein Handelskrieg wird für Konsumenten und Produzenten teuer, stört ausdifferenzierte Wertschöpfungsketten und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit aller Beteiligten. Die protektionistische Importsubstitutionspolitik Indiens ist dafür ein Lehrbuchbeispiel. Sie hat das Land gegenüber China hoffnungslos ins Hintertreffen versetzt. Erzielt der amerikanische Präsident Donald Trump keinen Deal, manövriert er sein Land ähnlich ins Abseits. Ob er dies bereits begrift, ist offen, doch eindeutig spürt er bereits den Druck der unter den Disputen mit der halben Welt und der damit verbundenen Unsicherheit leidenden Firmen. Es ist deswegen kaum ein Zufall, dass Trump nun mit der EU vereinbart hat, auf eine weitere Eskalation vorläufig zu verzichten und stattdessen Verhandlungen über ein Abkommen aufzunehmen, das beiderseitig Zölle abbauen und den Handel offener und fairer machen soll.

Die USA und die EU sind nicht einfach Konkurrenten, sondern ergänzen sich in höchst arbeitsteiligen, hochproduktiven Wertschöpfungsketten. Von einem einfachen Austausch profitieren beide. Weder die USA noch die EU sind allerdings lupenreine Freihändler: Ob Bauern, Stahlarbeiter oder Hersteller von Autos, auf beiden Seiten gelingt es gut organisierten Gruppen immer wieder, Partikularinteressen durchzusetzen, die der Gesamtwirtschaft schaden. Um dieses Hin und Her zu durchbrechen, braucht es eine umfassendere Einigung, einen Deal.

Nachdem sich die USA und die EU bereits in einen akuten Handelskonflikt verstrickt haben, ist es höchste Zeit für einen «Waffenstillstand» und umfassende Verhandlungen: der Schaden wird sonst zu gross. Dafür sollte auch das eher protektionistisch gesinnte Frankreich über seinen Schatten springen und von der Bedingung abrücken, nicht «mit der Pistole an der Brust» zu verhandeln. Zölle und Gegenzölle haben tatsächlich erst den Druck aufgebaut, der nun zu einer Verhandlungslösung zwingt.

Wenn Trump jetzt davon spricht, dass die Gespräche mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker ein grosser Erfolg seien, weil die Europäer nun mehr US-Sojabohnen kaufen würden (welche die Chinesen nicht mehr abnehmen), dann zeigt das allerdings zweierlei: Erstens spürt der US-Präsident, dass er seine Auseinandersetzung mit

Gelingt es den USA und Europa, ein «TTIP light» auszuhandeln, steht der Westen wirtschaftlich deutlich gestärkt da.

China eher durchhalten kann, wenn er sich nicht auch noch mit Europa anlegt. Und zweitens liegt eine grosse Herausforderung in den kommenden Verhandlungen darin, Trump davon abzubringen, nur den Saldo der Handelsbilanz als Massstab für Erfolg zu sehen. Denn weil Trumps Regierung mit ihren Reformen den US-Konsum nochmals kräftig angekurbelt hat, wird die amerikanische Nachfrage nach Warenimporten absehbar eher zunehmen. Möglich sind handelsumlenkende Effekte, aber ein Sinken des Defizits der USA im Güterhandel mit dem Rest der Welt bleibt unwahrscheinlich.

Der über Twitter-Anweisungen regierende Trump bleibt deswegen absehbar ein schwieriger Verhandlungspartner. Die früheren Gespräche über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) haben zudem gezeigt, dass es auf beiden Seiten tief verankertes Misstrauen und protektionistische Reflexe zu überwinden gilt. Aber das ist kein Grund, jetzt eine Einigung über ein «TTIP light» nicht ernsthaft anzustreben, im Gegenteil: Gelingt es den USA und Europa, ein solches Abkommen auszuhandeln, steht der Westen wirtschaftlich deutlich gestärkt da und können die EU und die USA ihre Regeln und Werte im Rest der Welt besser verankern – gerade auch gegenüber China. Dafür sollten jetzt auch kritische Europäer über ihren Schatten springen und Trump einen guten Deal gönnen.

Geheime Widerstandsorganisation P-26

Mythenbewirtschaftung von links



MARC TRIBELHORN

Es war einer der grössten Politskandale der jüngeren Schweizer Geschichte: die «Enttarnung» der P-26, einer Widerstandsorganisation, die im Falle einer kommunistischen Besetzung im Untergrund hätte aktiv werden sollen. Von einer illegalen «Geheimarmee» war 1990 die Rede, von möglichen Putschisten, Saboteuren und Killern schwadronierten die Medien. Der Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) kam zu dem Schluss, die P-26 stelle eine «potenzielle Gefahr für die verfassungsmässige Ordnung» dar. Die Widerstandsorganisation wurde umgehend liquidiert. Dass das Urteil von PUK und Presse in Teilen überzogen sei, blieb eine Minderheitenmeinung. Für das militärische Nachschattengewächs aus dem Kalten Krieg wollte nach dem Mauerfall und der beschämenden Fichenaffäre kaum jemand entstehen. Doch schon damals mutmasste der SVP-Nationalrat Peter Sager: «Der Bericht dürfte in 10 bis 15 Jahren Thema von Dissertationen kopfschüttelnder Studenten sein.»

Es dauerte etwas länger, bis nun der Historiker Titus J. Meier seine Doktorarbeit über «Widerstandsvorbereitungen für den Besetzungsfall» veröffentlicht hat. Das akribisch dokumentierte Buch rehabilitiert die P-26 weitgehend. Die PUK habe zu formaljuristisch argumentiert und sei vom Worst Case ausgegangen, kritisiert Meier. Zudem hätten die Medien in jenen nervösen Zeiten unzulässig dramatisiert. Zwar gab es keine gesetzliche Grundlage für das hoch geheime, heute skurril anmutende Projekt und keine griffige parlamentarische Kontrolle, wie Meier einräumt. Die P-26 sei aber verfassungskonform und der jeweilige Verteidigungsminister sei darüber orientiert gewesen. Eine Gefahr durch «Selbstaktivierung» habe ebenso wenig bestanden wie eine neutralitätspolitisch unhaltbare Einbindung in ein Nato-Netzwerk – wie die Linke stets insinuiert hat. Zu ähnlichen Schlüssen wie Meier war 2012 schon der Journalist Martin Matter in einem Buch gekommen. Doch im Gegensatz zu ihm konnte Meier nicht nur mit Zeitzeugen sprechen, sondern auch erstmals die Archivbestände auswerten.

Das alte Narrativ von der «gefährlichen Geheimarmee» hält sich dennoch hartnäckig – auch wenn eine PUK bekanntlich nie nur ein objektiver Versuch der Wahrheitsfindung ist, sondern immer auch politische Profilierungsübung und Abrechnung. Politiker und Journalisten, die 1990 eine aktive Rolle spielten

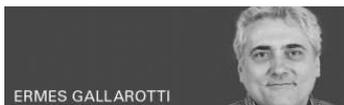
Gesinnung statt Fakten, das ist ziemlich billig. Vor allem von einer Generation, die Altvorderen predigte, aus dem mentalen Reduit auszubrechen.

oder gar ihre Sternstunde erlebten, singen in den Medien lieber weiter das alte Skandallied, als sich ernsthaft mit Meiers Befunden auseinanderzusetzen. Der grüne Historiker Jo Lang beschwört die Gefährlichkeit der P-26: «Autonome Zellen können sich unter Umständen selber aktivieren.» Werner Carobio, als SP-Nationalrat damals Vizepräsident der PUK, gibt sich unbeirrt: «Natürlich war die P-26 eine Geheimarmee» und die «Schweizer Version der Nato-Widerstandsgruppen Gladio». Im «Tages-Anzeiger» kommentiert der Ex-Chefredaktor Res Strehle sein eigenes Interview mit dem Buchautor Meier: «Diese Reinwaschung geht zu weit.» Und der Recherchegrossmeister Urs Paul Engeler, der 1990 den P-26-Chef Ehem Cattelan aufwiegen liess, schneidet über die neue Studie: «Geschichtsschreibung ist keine Wissenschaft, nicht einmal eine ungenaue.» Das bisher gewichtigste Argument der Kritiker nach Abzug alter Floskeln: Meier sei Generalstabsmajor und FDP-Politiker, ergo ein rechter Revisionist.

Gesinnung statt Fakten, das ist ziemlich billig. Vor allem von einer Generation, die den Altvorderen noch predigte, die neue Forschung zur Kenntnis zu nehmen und aus dem mentalen Reduit auszubrechen. Wie sagte John Maynard Keynes einst: «Wenn sich die Fakten ändern, ändere ich meine Meinung. Und was machen Sie?»

Nach dem Verzicht von Pascal Gantenbein

Weg frei für den Neustart von Raiffeisen



ERMES GALLAROTTI

Der Entscheid von Pascal Gantenbein, seine Kandidatur für das Raiffeisen-Verwaltungsratspräsidium zurückzuziehen und sich auf seine Rolle als Interimspräsident zu konzentrieren, verdient Respekt. Mit seinem Verzicht bringt Gantenbein wieder mehr Ruhe in die Raiffeisen-Organisation, weil er nicht mehr bei jedem seiner Schritte im Verdacht steht, Wahlkampf in eigener Sache zu betreiben. Und Ruhe ist bitter nötig, denn Raiffeisen steht vor einem Neuanfang. Bis dieser mit allen zur Verfügung stehenden Ressourcen angepackt werden kann, bleibt noch viel zu tun – auch und gerade für Interimspräsident Gantenbein.

Zunächst gilt es, gewichtige personelle Entscheidungen vorzubereiten. An der ausserordentlichen Delegiertenversammlung im November steht die Wahl eines neuen Verwaltungspräsidenten an, der die Nachfolge des Anfang März zurückgetretenen Johannes Rüegg antreten wird. Um eine Kampfkandidatur zu vermeiden, wollen sich Verwaltungs-

rat, Raiffeisenverbände und Raiffeisenbanken auf einen einzigen Kandidaten einigen. Bis spätestens Anfang September soll sein Name feststehen. Parallel dazu läuft bereits die Suche nach einem neuen Chef und Nachfolger von Patrik Gisel, der Ende Jahr seinen Sessel räumen wird. Zwar liegen bereits einige Bewerbungen vor, aber die Zeit ist wohl zu knapp, um bis im November auch diese wichtige Personalle zu regeln – und nicht zuletzt wird hier auch der neue Verwaltungspräsident mitreden wollen.

Sind die Schlüsselpositionen personell neu besetzt, müssen in einem nächsten Schritt die Strukturen überdacht und angepasst werden. Ein kardinales Problem der Vincenz-Ara war das Versagen der Kontrollmechanismen. Ein von der Basis isolierter, in grossen Teilen naiver Verwaltungsrat wurde zur Manövriermasse eines cleveren, unternehmerisch erfolgreichen, aber mit einigen Charakterschwächen geschlagenen Chefs. Damit sich das nicht wiederholt, gilt es, funktionierende Corporate-Governance-Mechanismen einzurichten, die dafür sorgen, dass der Verwaltungsrat die Geschäftsleitung kontrolliert – und nicht umgekehrt.

Ein weiteres strukturelles Problem ist die grosse Distanz zwischen dem Verwaltungsrat und den Raiffeisenbanken an der Basis. Getrennt von einem Mare Tranquillitatis, ist der Informationsfluss zäh, was es

Die Überführung der Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft brächte mit Sicherheit einige Vorteile.

den Raiffeisenbanken schwermacht, ihre Eigentümerrolle nach Wunsch wahrzunehmen. Zwar sind in den zurückliegenden Jahren einige informelle Gremien entstanden, um der zunehmenden Machtfülle der Zentrale entgegenzuwirken – ein Beispiel dafür ist die gleichsam aus der Not entstandene, statutarisch nicht abgesicherte Konferenz der Regionalverbandspräsidenten. Aber nun gilt es, diese Provisorien zu überdenken und durch klare Strukturen zu ersetzen. Im Gespräch ist die Bildung eines Genossenschaftsrats, der gleichsam als leistungsfähige Relaisstation zwischen den Banken an der Basis und der Zentrale in St. Gallen fungieren soll.

Und nicht zuletzt steht die Frage der Rechtsform im Raum – auch die Aufsichtsbehörde Finma stellt sie. Die Überführung der Genossenschaft Raiffeisen Schweiz in eine Aktiengesellschaft brächte mit Sicherheit einige Vorteile – eingespielte, bewährte Corporate-Governance-Strukturen, ein leichter Zugang zu Kapital in Notsituationen oder, im Fall einer Börsenkotierung, eine zusätzliche Disziplinierung durch den Aktienmarkt. Aber in der Raiffeisen-Welt herrscht die Meinung vor, dass eine Genossenschaft einer Aktiengesellschaft prinzipiell in nichts nachsteht. So oder anders: Raiffeisen Schweiz steht vor herausfordernden Zeiten und muss jetzt aus den negativen Schlagzeilen kommen.